

Argumente gegen den Nationalismus

WAS ES DIESMAL KOSTET, EIN GUTER DEUTSCHER ZU SEIN

5 In der Nachkriegszeit gehörte sich für Deutsche "politische Zurückhaltung". Angehörige und vor allem Vertreter der Nation hatten sich durch bescheidenes Auftreten auszuzeichnen. Schließlich waren sie als Deutsche die Erben des Dritten Reiches, das seine Interessen mit Waffengewalt hatte durchsetzen wollen und - dabei gescheitert war. So sahen sie sich nun dem Verdacht ausgesetzt, bei jeder Äußerung nationaler Ansprüche Anwälte des alten oder Vorboten eines neuen

10 Nationalismus zu sein. Dem Vorbehalt, unter dem die westlichen Siegermächte den neuen Staat "Bundesrepublik" gegründet hatten, entsprachen die uredesdeutschen Politiker der ersten Generation: der "-ismus" war geächtet, und für die neue Nation und ihre Interessen durfte man sich 1. nur mit dem Bekenntnis stark machen, nie und nimmer gegen andere Nationen und ihre Bürger eingestellt zu sein; und 2. war der von den westlichen Schutzmächten gebotene

15 Antikommunismus nicht mehr im Namen Deutschlands, sondern in dem der Freiheit abzuwickeln. Nur als untergeordnete Macht im Bündnis kam das neue Deutschland zu seinem Recht, und nur mit einer gehörigen Portion demonstrativ zur Schau getragener Bescheidenheit konnte man sich als Deutscher für "die Deutschen" einsetzen.

Diese Zeiten sind längst vorbei. Die Bundesrepublik hat ihre Bewährungsproben im mächtigen

20 Bündnis der Freiheit glänzend bestanden - und die Politiker haben wie die deutschen Geschäftsleute die Freiheit genutzt, die ihnen ihre "amerikanischen Freunde" eingeräumt haben. Ihrem Volk haben sie für den "Wiederaufbau" genau die Rolle übertragen, an die es sich schon im "Unrechtsstaat" des Führers gewöhnt hatte. Es durfte und darf seine Opfer bringen und dankbar seine neuen demokratischen Führer wählen, sie also ermächtigen. Versprochen wurde ihm der

25 rechte Gebrauch seiner Dienste, die Hitler mißbraucht haben soll - und bald gab es auch wieder deutsche Kasernen, in denen deutsche Halbwüchsige unter Anleitung erfahrener Offiziere lernten, die Freiheit ihres neuen Vaterlandes zu verteidigen. Inzwischen gibt es auch wieder viele "deutsche Interessen" zu verteidigen; denn die Erfolge der genau kalkulierten deutschen Wertarbeit ließen nicht lange auf sich warten. Weniger an der Gesundheit und in den Lohntüten der arbeitenden Deutschen, dafür um so mehr in den weltweiten Geschäften der Nutznießer deutscher Arbeit sind diese Erfolge zustande gekommen. Deshalb wird heute deutsche Außenpolitik wieder unbefangen betrieben - gegen andere Staaten und auf deren Kosten. Unbefangen deswegen, weil die Bundesrepublik nicht in der unseligen Manier des alten

30 Deutschland Ansprüche auf die "ganze Welt" anmeldet, sondern mit Recht auf die Beziehungen verweisen kann, die sie heute in aller Welt unterhält. Ihr Einfluß auf das Wohlergehen anderer Staaten, den sie mit ihren Verbündeten auf Weltwirtschaftsgipfeln und NATO-Konferenzen geltend macht, unterscheidet sich nämlich sehr vorteilhaft von den überholten Eroberungsprogrammen. Diese Republik ist dazu befugt, anderen Nationen Vorschriften zu machen, weil die Fortschritte ihrer Wirtschaft darauf beruhen, daß andere "uns" nicht in die Quere kommen. Die

40 Führer der BRD betonen die Abhängigkeit der eigenen Nation vom Ausland in allen Himmelsrichtungen - und meinen damit nicht etwa, daß sie sich aus den "ärgerlichen" Händeln

mit Ölscheichs, Diktatoren von Rohstoffländern, europäischen Partnern und kommunistischen Gaslieferanten und Röhrenabnehmern zurückziehen möchten. Im Gegenteil: Sie melden ihre Befugnis an, Sicherheitspolitik zu betreiben, und beanspruchen dafür die rückhaltlose Unterstützung ihrer Bürger, die sie ja tatsächlich betroffen machen von all den internationalen Streitigkeiten, in die sie eingreifen. Die militärischen Gewaltmittel, die den auswärtigen Herrschaften die überzeugende Drohung übermitteln, daß es besser ist, sich mit dem freien Westen zu arrangieren, sind eindeutige Beureise für "unseren" Willen, den Frieden zu sichern und damit die Vorteile, die der bundesdeutsche Staat und seine Wirtschaft aus der ungemütlichen "Ordnung der Welt" ziehen.

Das alles ist nur zu machen, solange das deutsche Volk mitmacht. Solange es bereit ist, die ihm auferlegten Dienste als Pflicht zu erledigen, und auf diese Weise dem Recht seiner Nation zur Durchsetzung verhilft, als würde deren Erfolg mit dem Wohlergehen der vielen einzelnen zusammenfallen. Kurz: solange die Deutschen ihren Nationalismus betätigen, ungeachtet der Kosten, die er bereitet.

I.
Parteilichkeit für die eigene Nation ist verkehrt.
Denn was heißt es, ein Deutscher zu sein?

Von tausend Sachen wird die eigene Lebensführung abhängig, ganz unbescheidenen Zwecken wird sie dienstbar gemacht: den Gewinnen der deutschen Wirtschaft, dem Finanzbedarf der deutschen Staatsgewalt, einem schwungvollen Rechtswesen, der Konkurrenz der politischen Parteien, den Auslandserfolgen deutscher Wertarbeit und Diplomatie, den Freundschaften der eigenen Obrigkeit mit Gewalthabern in aller Welt und vor allem ihrer erfolgreichen Feindschaft gegen die Sowjetunion. Ein hoher Preis für einen deutschen Paß!

Und lauter denkbar schlechte Gründe, für die Staatsgewalt, die sich so des eigenen Lebens bemächtigt, unter dem Titel "Heimat" oder "Vaterland" auch noch Partei zu ergreifen.

In der BRD herrscht Meinungsfreiheit und eine rege Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen und am öffentlichen Leben. Jeder darf, ja soll sich über alles erstens informieren und zweitens eine ausgewogene Meinung bilden. Das Problem der Jugend und ihrer Erziehung darf er sich zu Herzen nehmen, auch wenn er selber weder Kinder hat noch Lehrer ist; ebenso die Probleme des Wirtschaftswachstums, auch wenn er über nichts verfügt, was zu seinem wirtschaftlichen Vorteil wachsen könnte; auch "unsere Ölquellen" im Nahen Osten, ohne daß er eine Bohrlizenz oder einen Förderturm besitzt; das Problem der Arbeitslosigkeit, selbst wenn er schon Rentner ist - oder selber entlassen, den Staatshaushalt und seinen Ausgleich, auch wenn er gar kein Finanzbeamter ist; die Russen, auch wenn er keinen einzigen kennt; die deutsch-amerikanische Freundschaft, die Koalitionskrise, das Problem der Heimatzeitungen und so weiter und so fort.

Die Sorgen, die der Mensch sich da machen darf und soll, sind erstens reiner *Luxus*. Seine eigenen praktischen Probleme - mit Arbeit und Lohn, mit steigenden Preisen und Schulden, mit oder ohne Familie, mit sich Einteilen und Sich-Vergnügen - sind es ja gerade nicht, die da öffentlich verhandelt werden. Und selbst wenn es um dieselbe Sache geht, dann doch immer von einem ganz anderen Standpunkt aus als seinem persönlichen. Die Wichtigkeit der öffentlich besprochenen

Angelegenheiten richtet sich ja gar nicht nach seiner Prioritätenliste, sondern danach, auf welche Dinge die staatlichen Instanzen gerade meinen Wert legen zu müssen. Und nie dreht sich die Erörterung ernstlich darum, was ihm das Leben schwer macht; das gilt bestenfalls als Beispiel für das allgemeinere Problem: ob das, worum der Staat sich zu kümmern hat, als *gelingen* oder eher als *mißlungen* anzusehen sei - gerade so, als wollte der "kleine Mann" einmal Staatsmann spielen. Von den Befunden, zu denen er dabei gelangt, machen die wirklichen Staatsmänner sich wiederum überhaupt nicht abhängig. Die privaten Meinungen sind unverbindlich, vor allem für die "Entscheidungsträger"; und die mögen die "Bürde der Verantwortung" immerzu mit gar niemandem teilen.

In all diesen luxuriösen Kümmernissen, die die öffentliche Meinung, und zwar die jedes einzelnen, mit Beschlag belegen, steckt zweitens aber eine sehr harte *Kehrseite*. Es ist ja auch wieder gar nicht so, als ob das Gelingen des Staatswesens und der Erfolg der öffentlich für bedeutsam erklärten Interessen den einzelnen praktisch nichts angehe. Im Gegenteil: Genau dafür hat er geradezustehen! Es wollen *zuerst* einmal die "Probleme des Wachstums" der deutschen Wirtschaft gelöst, "unsere Ölquellen" gesichert, der Staatshaushalt "ausgeglichen", das "Problem Arbeitslosigkeit" reibungslos geregelt, die Russen diplomatisch erledigt und militärisch abgehakt, die Koalition gesprengt oder gerettet sein und so weiter und so fort, *bevor* der normale deutsche Mensch überhaupt darauf rechnen kann, irgendwann und irgendwie auch mal noch auf seine Kosten zu kommen. Mehr noch: Für die Regelung sämtlicher dieser Probleme wird er selbst, ob er das weiß und will oder nicht, immerzu hergenommen. Erstens mit seiner Arbeit und einem möglichst geringen Lohn, zweitens mit dem schließlich erzielten Einkommen, von dem der Fiskus sich großzügig bedient, hat er für das Gelingen all der überhaupt nicht bescheidenen Vorhaben einzustehen, die seine, die bundesdeutsche Staatsgewalt sich vornimmt.

Und dann soll der Mensch sich zu allem Überfluß auch noch die Sorge machen, ob die Vorhaben, für die sein Staat ihn hernimmt, auch wirklich von Erfolg gekrönt sind! Nicht bloß *luxuriös* sind die Meinungen, die er sich in dieser Frage bildet; für seine wirklichen materiellen Interessen sind sie allemal *schädlich*. Denn mit seinen so vornehmen politisch gebildeten Meinungen nimmt er zu den ihm aufgenötigten Diensten, zu seiner Leistung und zu seiner Armut den Standpunkt ausgerechnet *der Macht* ein, die ihn so benutzt. Natürlich nur in Gedanken: Mit all seinen Sorgen um Wirtschaftswachstum, staatliche Erfolge usw. wird er ja nicht wirklich sein eigener Kapitalist oder Politiker. In der Pflege seiner freien politischen Meinung wird dem Bürger, zusätzlich zu all seinen handfesten Aufgaben für das schöne "Gemeinwesen", auch noch der Auftrag erteilt, die eigenen Interessen gleich ganz zu vergessen, die öffentlichen Interessen für das einzig Wichtige zu nehmen und aus diesen seine eigenen Wünsche und Bedürfnisse herzuleiten. Und was das Schönste ist: Dieser geistvolle *Zusatzauftrag*, sich alle Pflichten als ureigenste Neigung zurechtzulegen, kommt in unserer blühenden Demokratie als die großzügige *Erlaubnis* daher, sich frei eine Meinung zu bilden und mit dieser "aktiv" am politischen Leben der Nation teilzunehmen - bei der Wahl darf man sie sogar betätigen, indem man eine der großartigen nationalen Führerfiguren zum Herrscher über sich und seinesgleichen bestellen hilft.

Für die Masse der Staatsbürger gibt es nun einmal keine guten Gründe für ihre Loyalität - das hieße ja immer, man hätte es als richtig und nützlich erkannt, das eigene Wohlergehen dranzugeben und sich mit Leib und Leben dem Dienst an fremdem Reichtum zu widmen und an

einer Gewalt, die diesen Dienst in jeder Hinsicht regelt. Für Unterwerfung gibt es kein richtiges Argument. Und deswegen ist eine staatstreue, nationale Gesinnung notwendigerweise mit einer Preisgabe des eigenen Verstandes verbunden. Kein Wunder, daß deutsche Untertanen sich die phantastischsten Vorteile ausmalen, die sie von ihrem Deutsch-Sein hätten - musikalische Abstinenzler sind stolz auf Mozart und Beethoven, Analphabeten preisen Goethe, Großstadtbewohner die heimatliche Landschaft... Wo wirkliche Vorteile beim besten Willen nicht auszumachen sind, fällt der Phantasie für eine gediegene Staatstreue eine um so größere Verantwortung zu.

II.

10 Wirtschaftswachstum bedeutet für Staat und Kapital Reichtum und Gewinn. Das ist nicht zu haben, ohne daß für die Klasse der Lohnabhängigen intensive Arbeit für wenig Lohn, Ruinierung der Gesundheit und gelegentliche Entlassung dabei herauskommen. Diesen Beitrag zum Allgemeinwohl, den er seiner Klassenlage gemäß entrichtet, soll der Normalbürger aber vergessen. Er soll sich die andere Seite: den Reichtum der Nation, den er auf seine Kosten erbringt, zum Anliegen machen. *Deutscher* Arbeiter soll er sein.

Was die vielbeschworenen "Sachzwänge" der Wirtschaft tatsächlich sind, merkt jeder Lohnabhängige am eigenen Leibe. Die Sache ist die, daß deutsche Unternehmer mit ihrem Arbeitermaterial so kalkulieren, daß deren Leistung so hoch und so billig ist, wie es die Berechnung des angestrebten Gewinns verlangt. Und zu dieser betrieblichen Vernunft gehört ebenso die Praxis, mittels Entlassungen die Kosten der Produktion der Waren zu senken. Der *Zwang* ist allein einer für diejenigen, an denen diese Maßnahmen durchgesetzt werden. Gesundheitszustand und Invalidität von Arbeitern legen Zeugnis davon ab, was Malocher von den riesigen Produktivitätsfortschritten in deutschen Fabriken haben. Die Löhne zwingen die davon Abhängigen, sich ihre Arbeit und ihr Geld, also ihr ganzes Leben sehr genau einzuteilen. Was andererseits für nichts eine Garantie ist. Das Recht auf Arbeit ist die Pflicht, genau so viel und so lange zu arbeiten, wie man gebraucht und nicht entlassen wird. So lange darf man auch behaupten: "Mir geht's gut!"

Denn über die "Sachzwänge" zu *jammern*, ist Sache der Geschäftsleute. Die Herren der Wirtschaft lieben es, sich als Knechte der Konkurrenz darzustellen, die immer in allen möglichen Klemmen stecken; deswegen müßten sie vor allem mit den Arbeitern immer so umgehen, wie sie das tun. Diese Lüge ist allerdings nicht auf Mitleid berechnet, sondern auf ihren Vorteil und, nicht zuletzt, auf die Leistung ihrer Leute. *Die* sollen sie sich als die wirtschaftliche *Vernunft* zu Herzen nehmen und den deutschen Geschäftsgang durch ihren Fleiß so fördern, als wäre *dessen* Gedeih nicht *ihr* Verderb.

35 Im Licht dieser "Vernunft" stellt sich die Welt der deutschen Wirtschaft komplett auf den Kopf:

- Die Untemehmer verlangen ihren Arbeitern nicht bloß Arbeit ab, sondern Leistung: eine von ihnen festgelegte Menge Arbeit pro Zeiteinheit; sie richten Maschinerie und Kontrollen dementsprechend ein. Das Ergebnis nennen sie "Arbeitsplatz" - und wollen, in aller Bescheidenheit, als Wohltäter gelten, die die sonst unbeschäftigten Lohnarbeiter mit diesem schönen und wichtigen Gut versorgen.

- Diese absurde Logik wird auch durch einen Dauerbestand von 2 Millionen Entlassenen nicht widerlegt, sondern bestätigt: Ohne die - "leider" - notwendigen Rationalisierungen, die die "Arbeitsplätze" noch effektiver machen und deswegen einen Teil davon überflüssig, würden die "Arbeitgeber" konkurrenzunfähig, und noch mehr "Arbeitsplätze" gingen verloren. So dient also selbst die *Entlassung* von Lohnarbeitern nur dem hohen Ziel, ihnen eine *Beschäftigung* und damit ein Auskommen zu *sichern*.
- Löhne sind nach der betrieblichen Kalkulation Kosten; hohe Löhne, also ein gescheiteres Auskommen der Arbeiter, und ein flotter Geschäftsgang schließen sich somit aus. Weil hierzulande ohne ein rentables Geschäft aber überhaupt kein Lohn bezahlt wird, dient die Lohndrückerei - der Sicherung der Arbeitereinkommen.
- Waren werden verkauft, um damit ein Geschäft zu machen. Wo der Arbeiter als "König Kunde" auftritt, ist das nicht anders: Der merkt es an dem Zwang zum Sich-Einteilen, zum Sparen und zum Schuldenmachen. Weil hierzulande ohne Preise, die ein erfolgreiches Geschäft garantieren, überhaupt nichts an den Mann gebracht wird - eher wird die Ware wieder eingestampft -, kann und soll man "die Marktwirtschaft" genau umgekehrt betrachten: so als wäre sie *für die Versorgung* der Leute da.

Und so weiter. Alles zusammengenommen bedeutet in den 80er Jahren:

- Die Unternehmer verlangen von den Wirtschaftspolitikern bessere Geschäftsbedingungen, zu Hause und in aller Welt; die Politiker verlangen von ihren Unternehmern dickere Geschäftserfolge, damit ihre Staatsmacht aus dem Vollen schöpfen kann. Die einen rationalisieren wie der Teufel, die anderen spenden ihnen Geld dazu; von beiden Seiten, und in bestem Einvernehmen mit dem DGB, ihrer "vernünftigen" Gewerkschaft, werden die Arbeiter unter Druck gesetzt; der Reallohn sinkt und die Entlassungen steigen. Das Ergebnis nennen die Veranstalter des Ganzen: "*Krise*" und "*schwere Zeiten*" - und machen so gleich noch ein "*Argument*" daraus, dafür daß die Betroffenen sich beugen und schleunigst anpassen müssen: Löhne runter, Preise- und Leistung rauf, Arbeitsmoral besser, Mobilität größer - damit "es" "wieder vorwärts" geht.

Verlangt ist, mit einem Wort, eine "Vernunft", der der bedingungslose *Dienst* als *Vorteil* erscheint, und zwar ganz ohne Umstände als der *einzig* Vorteil, den man sich als Arbeiter in diesem Leben überhaupt versprechen darf. *Befolgt* wird diese "Vernunft" daher auch nicht wegen ihrer Überzeugungskraft. Die entsprechende Praxis hat ihre sichere Grundlage in dem, was der Name "Lohnabhängiger" schon sagt: im Eigentum auf der einen Seite und in der Mittellosigkeit auf der anderen, die zum Verkauf von Arbeit gegen Lohn zwingt. Wo, wie heute in der BRD, schon der Dienst am "Arbeitsplatz" als Gunst gilt, da ist der "Sachzwang" der Lohnarbeit gegen den Lohnarbeiter, also dessen Erpressung *vollendet*.

Um so schlimmer, wenn die Betroffenen dieser "Vernunft" zu allem Überfluß auch noch Glauben schenken. Wenn sie die geforderte Einstellung tatsächlich zustandebringen und sich allen Ernstes ihre Dienstbarkeit als Vorteil ausmalen. Dann müssen sie ja auf den Wahn verfallen, alles, worüber deutsche Unternehmer jammern - die hohen Zinsen in Amerika, die "hohen" Löhne hierzulande, das "Krankfeiern" in den Betrieben und die japanische Konkurrenz -, wäre erstens wirklich schlimm, und zwar zweitens für *sie selbst*: das wären die wahren Gründe für die mickrigen Ergebnisse lebenslanger Lohnarbeit. Dann müssen sie ja der Lüge von den "schweren Zeiten" die Botschaft ablauschen, daß "wir alle" zurückstecken müssen und jeder *Anspruch* gegen den Staat und sein "Allgemeinwohl" eine Frechheit ist. So werden sie zu Parteigängern ihrer

Herren, und zwar um so konsequenter, je härter diese mit ihnen umspringen. So daß Staat und Kapital die nächsten Fortschritte bei der rentablen Ausnutzung ihres Menschenmaterials in aller Freiheit austüfteln und ungehindert verwirklichen können.

III.

5 Vom bescheidenen Lohn der Arbeit holt sich der Staat Steuern und Beiträge für die Sozialversicherung, um diese Gelder nicht als Schulden gegenüber seinen Bürgern, sondern als Mittel seiner Staatsgeschäfte zu behandeln. Beschließt er, für die Stärkung seiner militärischen Macht mehr Geld auszugeben, erklärt er sich für verschuldet und verlangt von allen
10 Arbeitnehmern, Kranken, Arbeitslosen und Alten die Einsicht, daß sie der Nation zu teuer kommen. Opfer müssen gebracht werden, damit es dem Staat und seinem Haushalt wieder besser geht.

Da will der Staat mehr ausgeben für seine Aufrüstung und die sonst im NATO-Bündnis anfallenden steigenden Kosten, und schon liegt es nicht daran, sondern am gegenwärtig besonders “begrenzten Haushalt”, daß er mehr Geld von seinen Bürgern will und sich holt. Die Frage, *wofür*
15 das viele schöne Geld weggegeben worden ist und werden soll - unter dem Titel “Sparprogramm” sind die Staatsausgaben ja munter weiter angestiegen! -, soll gar nicht mehr interessieren. Daß der Regierung ihre Machtmittel und das nötige Geld dafür nicht ausgehen dürfen, soll so selbstverständlich sein, daß man danach gar nicht mehr fragt. Stattdessen soll der Mensch sich den Staatshaushalt vorstellen so ähnlich wie seinen eigenen, von dem er es ja sehr wohl kennt, daß oft
20 genug lange vor Ultimo Ebbe eintritt und jede Ausgabe zum Problem wird. “Es gibt nichts mehr zu verteilen!” heißt die offizielle Lüge - bevor der Staat hingeht und sich zur Füllung seiner “leeren Kassen” bei denen, an die nie etwas verteilt wurde, *bedient*. Denn im Gegensatz zum normalen Bürger bedeutet beim Staat der “Haushaltsausgleich” nicht die Notwendigkeit, sich nach der kurzen Decke des erarbeiteten Einkommens zu strecken. Sein “Problem” besteht einzig
25 und allein in der Frage, *wie* er seinen unbescheidenen Finanzbedarf *regeln* will: per *Anleihe* bei den *Reichen* - wer *Geld hat*, wird damit ganz schnell und leicht zum bevorzugten Staatsrentner, was sonst natürlich ganz fürchterlich unanständig ist! -; oder per *Schröpfung* bei den *Armen* - wer kein Geld hat, dem muß man seinen Beitrag zum Gemeinwohl des Staates logischerweise per Zwang aus der Tasche ziehen, am besten gleich per Lohnsteuerabzug “an der Quelle”, noch, *ehe*
30 er sich selber etwas gönnen kann, und per Mehrwertsteuer, jedes Mal *wenn* er sich etwas gönnen will! -; oder, im Normalfall, auf *beiden* Wegen.

Was “Sozialstaat” heißt, wird dabei ganz nebenher auch noch klargestellt: Die *alte* Lüge hieß: Wenn der Staat seinen Arbeitern als *Zwangsversicherungsanstalt* gegenübertritt, sich von ihnen mit Hinweis auf die “unvermeidlichen Risiken” eines Lohnarbeiterlebens Krankheit, ein Alter in
35 Armut, Verlust jeder Verdienstmöglichkeit - *Geld holt* und das Eingesammelte erst einmal *behält*, nämlich als “Kredit” für seinen Haushalt verwendet, dann soll man das für eine *staatliche Leistung* an seine minderbemittelten Untertanen halten. Die *neue Lage* heißt: Mit der massiven Förderung des deutschen Geschäftslebens wächst automatisch die Zahl der Unbrauchbaren und Ausgemusterten, die meinen, sie hätten jetzt einen *Anspruch* auf das Geld, das sie in ihre
40 Zwangs-“Versicherung” eingezahlt haben.

Dieser Anspruch ist aber nur ein Schein, der genau so lange dauert, wie er nicht auf die Probe gestellt wird; geschieht das, dann ist sofort eine "Finanzkrise" da - das Geld ist ja tatsächlich *weg*, vom Staat anderweitig ausgegeben, durch einen Schuldschein "ersetzt" -, und die "Leistungen" werden *gekürzt* oder nach Möglichkeit ganz gestrichen, dafür die eingesammelten Beiträge erhöht. Dazu wird eine neue Lüge serviert: Das alles wäre nötig, die "Beschneidung" des "sozialen Netzes" müßte sein, um seinen Bestand zu sichern. Eine absurde Logik: Die Leute kriegen *kein* Geld, damit der Staat sein "*Versprechen*" halten kann, ihnen ein Geld zukommen zu lassen: Wahr ist daran nur eines: So erhält der Staat sich seine Sozialabteilung durchaus - als *seine Geldquelle*! Ausgerechnet da sollen die Betroffenen die leeren Versprechungen ihres Sozialstaates aber in einer Hinsicht ganz ernst nehmen, sich zur "Finanzmisere" der verschiedenen staatlichen Nothilfekassen die *Schuldfrage* stellen und gleich so beantworten: Schuld an der neuen Lage sind selbstverständlich - die vielen "Sozialfälle"; die, bei denen eines der angeblich so glänzend "versicherten Lebensrisiken" zugeschlagen hat. Je mehr Opfer produziert werden, je schlechter der Staat sie behandelt und je mehr er gleichzeitig alle anderen in die (Beitrags-)Pflicht nimmt - womit für den Nachschub an Opfern gesorgt ist! -, um so fester soll der Mensch an die Lüge von der staatlichen *Leistung* glauben und meinen, da würden laufend Leute durchgefüttert, mit staatlichen *Geschenken* gepöppelt, die "uns allen" nutzlos "auf der Tasche liegen".

Was ein guter Deutscher ist, der läßt sich diesen Schwindel andrehen und macht sich seinen Vers darauf: "Das konnte ja so nicht weitergehen!" - so oder ähnlich lauten dann die Spruchweisheiten der Unterwerfung, kaum daß diese Einstellung gefordert ist. Zufriedener macht diese Dummheit natürlich niemanden. Für einen staatstreuen Bürger ist die eigene Unzufriedenheit aber nur ein Grund, die untertänige passive Hinnahme aller staatlichen "Eingriffe" durch eigene entsprechende Aktivitäten zu ergänzen. Bei seinen Kollegen Untertanen will auch er laufend die "Schmarotzer" entdecken, die ihm angeblich das Leben schwer machen. "Faule" Arbeitslose, "krankfeiernde" Kollegen, Schwarzarbeiter und Ausländer geraten in den Verdacht, sie nähmen sich Dinge heraus, die ein braver Bürger sich zwar wünscht, aber nie erlaubt, und bekämen dafür auch noch Sozialhilfe oder so was, "von meinen Steuergeldern". Das stimmt zwar nicht, bedeutet aber Trost für einen demokratischen Untertanen, der *als Steuerzahler* radikal wird - bloß leider nicht gegen den, der ihm sein Geld abknöpft, sondern gegen alle, die auf andere Weise als er selbst Opfer der staatlichen Sanierungsprogramme für Haushalt und Gemeinwohl sind.

Den *Nutzen* aus diesem falschen und gemeinen Trost hat wieder nur die andere Seite. Unbehelligt können die Führer der Nation weitermachen mit ihrem "Sparprogramm" gegen ein "verwöhntes Volk".

IV.

35 Warum sind Recht und Ordnung so populär?

Weil jeder gute Bürger meint, er hätte sie nicht nötig, *alle anderen* aber schon. Gewalt gegen andere, staatlich erlaubt und ausgeübt, wäre das Beste für seine Interessen. Ein folgenschwerer Irrtum! In Wirklichkeit ist *e r* nämlich immer einer von den "alle anderen".

40 Eine Wirtschaft, die die meisten Leute als Lohnarbeiter dem Wachstum des Eigentums anderer dienstbar macht, ist ohne Gewalt nicht zu haben. Damit es Maschinen und Fabriken als

Geschäftsmittel ihrer Besitzer gibt - und nicht einfach als Produktionsmittel für die, die dort und damit arbeiten; damit Arbeitskräfte *käuflich* sind - und sich nicht einfach ihre Arbeit organisieren; damit die Produkte ihrem Fabrikanten *Gewinn* einbringen - und nicht einfach den Bedürfnissen ihrer Produzenten zur Verfügung stehen; damit Wohnungen sich einträglich *vermieten* lassen - und nicht einfach bewohnt werden; kurzum: für ein funktionierendes Zusammenwirken von Privateigentum und Armut braucht es Gewalt. Eine Gewalt, die die einen darauf festlegt, aus ihrem Reichtum, und die anderen darauf, aus ihrer Mittellosigkeit "das Beste" zu machen: Lohnarbeit hier, Kapital dort.

Ein moderner Staat wie der bundesdeutsche läßt sich diese Gewalt nicht nehmen. Als *Rechtsstaat* läßt er kein Zusammenwirken und keinen Streit zwischen seinen Bürgern zu, ohne jeder Seite "das Ihre" *erlaubt* und *zur Pflicht* gemacht zu haben. *Dem Recht* gehorcht der moderne Arbeiter, wenn er sich ausbeuten läßt - und nicht dem Unternehmer, der ihn ja "bloß" benutzt und *dabei* sogar selber den Gesetzen "unterworfen" ist. Das, und sonst nichts, macht die vielgepriesene "unveräußerliche" Freiheit des deutschen Staatsbürgers aus.

Mit seinem Gewaltmonopol macht der Rechtsstaat alle Härten und "Sachzwänge" des Wirtschaftslebens zu seiner Angelegenheit; als *Werk seiner Gerechtigkeit* macht er sie den Betroffenen zum Geschenk. Und dabei vergißt er nichts. Sogar noch ins Liebes- und Familienleben hält die Staatsgewalt mit Recht und Ordnung Einzug, damit das zarte Gefühl nicht unnütz bleibt, sondern zum Erfüllungsgehilfen des öffentlichen Auftrags an die kräftig ausgenutzten Untertanen wird, ihr Durchkommen in lauter intimen Notgemeinschaften zu bewerkstelligen.

Als *Mangel an Gerechtigkeit* darf ein guter Bürger sich fortan seine Mißerfolge im Leben erklären; als Ungerechtigkeit vor allem bei denen, die er eines leichteren Lebens verdächtigt. Für *mehr Gerechtigkeit* soll er eintreten, wo immer er Unzufriedenheit verspürt; vor allem *gegen* jeden, bei dem er ungerechtfertigte Vorteile vermutet. Der Gewalt des Gesetzes *muß* er sich nicht bloß beugen; er *darf* sich auch zu ihrem Anwalt machen - gerade so, als wäre die lückenlose, gleichmäßige Einschränkung aller ein uneingeschränkter Vorteil für ihn.

Wer über ein solches *Rechtsbewußtsein* verfügt, dem geht es zwar kein bißchen besser; mit seinem Elend wüde er aber viel besser "fertig". Alle unbefriedigten materiellen Bedürfnisse wandeln sich in *Neid*, und seine Hoffnungen setzt er auf die Schlagkraft einer gerechten Gewalt, die niemanden ohne Mühsal hochkommen läßt - was im Endeffekt für die eine große Klasse auch immer stimmt. Das private Kalkulieren mit der Gerechtigkeit wird vom Staat, der andere Sorgen hat, natürlich immer enttäuscht; und so bringt das Rechtsbewußtsein seinen Inhaber immer auf den Gedanken, seine Ansprüche an die gerechte Gewalt selbst in die Hände zu nehmen. Wer allerdings vom Gedanken zur Tat schreitet, macht sich den Staat zum Feind: Der verfolgt es als *Verbrechen*, wenn ein Privatmensch sich selbst zum Richter über seine "legitimen" Ansprüche macht und nicht auf den offiziellen Richter vertraut. So verhindert der Rechtsstaat keine private Gewalttat; stattdessen rächt er die Verletzung seines Gewaltmonopols und verschafft so seinen loyal gebliebenen Untertanen das erhebende Gefühl, daß das Verbrechen, mit dem alle liebäugeln, sich am Ende doch nicht lohnt. Seinen letzten Trost findet dann ein rechtlich denkender Mensch ganz

folgerichtig in der Hoffnung auf eine gerechte Todesstrafe - die, wenn nicht die weltliche Gerechtigkeit, dann spätestens der liebe Gott vollstrecken wird.

V.

Wann ist ein Volk "reif für die Demokratie"?

5 Wenn es sich nach nichts so sehr sehnt wie nach einem starken Staat - also nach einer öffentlichen Gewalt, die rücksichtslos auf Zustimmung besteht. Es muß "eingesehen" haben, daß Gehorchen vernünftig ist, und freiwillig gegen jeden Ungehorsam Stellung beziehen, weil nur der gehorsame Bürger tolerant ist und Toleranz verdient.

10 Also dann, wenn die Polit-Profis keinen Grund sehen, dem Volk einen Stimnzettel und eine private Meinung zu verwehren. Wenn also das Volk so reif für den Faschismus ist, daß es auch mit Demokratie durch dick und dünn geht.

15 Was sollen demokratische Bürger eigentlich von ihren regierenden - bzw. oppositionell mitregierenden Politikern halten? Daß Wahlparolen keine Argumente sind, weiß jeder. Bekannt ist auch, daß die wahlkämpferischen Liebeserklärungen von Parteien und Wahlkandidaten an die verschiedensten "Bevölkerungsgruppen" nur in einem Sinn wirklich ernst gemeint sind: als
20 berechnende Willenserklärung, gewählt zu werden. Sympathisch wollen die demokratischen Herrschaften wirken und legen ausgerechnet dafür, außer geschönten Fotos, eine Arroganz an den Tag, ein Gehabe von Wichtigkeit und einen Stolz auf die eigene Machtfülle, als wollten sie den Rest der Menschheit ihre Verachtung spüren lassen. Seltsamerweise bringt genau das ihnen das
25 Vertrauen der Regierten ein. Von denen erklärt sich zwar kaum einer begeistert *für* eine Politiker-
mannschaft. *Die* "Chance" will sich aber auch kaum jemand entgehen lassen: mit seinem
Stimmzettel der Regierung oder der Opposition einmal offiziell die Meinung zu sagen. Zu sagen
haben dann allerdings nur die Gewinner, nicht die Wähler. Die Verlierer müssen sich eingestehen,
daß sie es in sträflicher Weise haben fehlen lassen - *a n was* eigentlich?

25 In einer Demokratie wie der bundesdeutschen sind "*Führerqualitäten*" gefragt. Demokratische
Politiker sollen ihr Volk nicht mit Wohltaten überhäufen, sondern glauben machen, die harten
Erfordernisse und die anspruchsvollen Bedürfnisse der staatlichen Gewalt wären bei ihnen in den
besten Händen. "Schwäche" ist das Letzte, was eine solche Figur sich zuschulden kommen lassen
30 darf - also irgendeine Nachgiebigkeit gegenüber wirklichen oder vorgestellten Ansprüchen seitens
der wahlberechtigten Bürger. Im Umgang damit, aber erst recht mit den Interessen anderer
Nationen ist *erfolgreiche Rücksichtslosigkeit* verlangt; und daß er die bringt, hat ein guter Politiker
an der Skrupellosigkeit zu beweisen, mit der er sich gegen seine Konkurrenten durchsetzt, gegen
die in der eigenen wie in der gegnerischen Partei. *Der Erfolg* macht die dabei an den Tag gelegte
Gemeinheit zur Tugend der "Führungsstärke".

35 Um das alles mitzumachen, dürfen die wahlberechtigten Untertanen das politische Geschäft nicht
von ihrem wirklichen materiellen Standpunkt aus beurteilen, als die ausgenützten Figuren der Na-
tion, sondern andersherum: so, als hätten sie selbst die Interessen der Staatsgewalt gegen sich und
ihresgleichen durchzusetzen. Und auf diese moralische Dummheit, die den Menschen erst zum
Untertanen macht, spekulieren die demokratischen Politiker ganz offen. Da nennt einer das
40 regierte Volk "verwöhnt" - und ist sich dabei sicher: Die so unverschämt Angesprochenen machen

nicht ihrem Regierungschef klar, wie sehr er offenbar verwöhnt ist durch den Gehorsam seines Volkes, sondern schütteln alle, jeder über alle anderen, bedenklich den Kopf, und jeder meint, so als wäre ausgerechnet er selber nicht mitgemeint gewesen: „Jaja, das deutsche Volk ist verwöhnt!“ Ein anderer wirft ausgerechnet dieser Regierung vor, sie hätte durch wahllose Großzügigkeit das Volk zur Faulheit und einer ungunstigen „Anspruchshaltung“ erzogen; sich selber empfiehlt er zur Abhilfe - und ist sich erst recht gewiß: Diese sehr herrschaftliche Sicht der Dinge ist bei guten Untertanen populär, weil jedem genügend Konkurrenten und Mitbürger einfallen, denen er die Gewalttätigkeit eines „starken Mannes“ an den Hals wünscht - daß sie sich gegen ihn selbst richten könnte, kommt ihm dabei nicht in den Sinn.

Die Gefügigkeit der Betroffenen, und sonst nichts, läßt die demokratischen Macher der Staatsgewalt bei ihren Geschäften „gut aussehen“. Ihre „Herrscherqualitäten“ sind genau so groß wie der Gehorsam der Bürger: Sie bestehen ja in nichts als den Unverschämtheiten, die diese ihren Führern erlauben. Und in freien und geheimen Wahlen sogar immer wieder - honorieren!

VI.

Was sich mit patriotischen Untertanen alles anfangen läßt, das darf ein loyaler Staatsbürger durchaus bemerken - aber nur an den Bewohnern fremder Länder. *Die* machen mit ihrem Fleiß und ihrer Verzichtsbereitschaft „unserer“ Wirtschaft Konkurrenz; *die* geben sich für manche weltpolitische Frechheit ihrer Regierung her, was „unsere“ Sicherheitsinteressen berührt; *die* führen sich auf als Machtmittel unter fremdem Kommando und sind schon ganz allein deswegen verdächtig (selbst dann, wenn es ein gemeinsames Oberkommando gibt).

Nationalismus heißt: anderen und sich selbst die Einsicht verbieten, daß man als normaler guter Deutscher *genau so eine* Figur ist.

Nicht bloß im Innern seiner Nation soll ein guter Deutscher sich für alles und jedes zuständig fühlen. Auch über auswärtige Vorkommnisse wird er in Kenntnis gesetzt, seine „Meinung gebildet“ und manchmal sogar „abgefragt“, so als käme es auf sein Urteil irgendwie an. Von Zeit zu Zeit soll er den Schein einer höchstpersönlichen Zuständigkeit für das Geschehen in fernen Ländern sogar praktisch wahr machen: Caritas und Welthungerhilfe machen den Leuten weis, jede Mark, die sie noch in der Tasche, also noch nicht ausgegeben, „also“ doch wohl übrig haben, wäre, wenn man sie nicht ihnen schenkt, ein Grund dafür, daß in Afrika massenhaft Kinder verhungern - womöglich sogar ungetauft. Und mit einem Päckchen ist man mit dabei bei der öffentlich angeordneten Aktion „Deutsche (West!) betreuen das polnische Volk!“

Nichts von alledem trifft die wirklichen Verhältnisse auf dem Globus. Vom privaten Urteil über entfernte Weltgegenden hängt dort wie hierzulande überhaupt nichts ab. Und die Vorstellung, fremde Völkerschaften würden *wegen unterlassener persönlicher Hilfeleistung* dahinsterven, unterschlägt glatt alle wirklichen Gründe für das weltweite Massenelend und ersetzt sie durch eine törichte moralische Einbildung.

Das heißt aber nicht, als Bundesdeutscher hätte man praktisch mit dem auswärtigen Weltgeschehen gar nichts zu tun. Über die *Interessen*, denen der Bürger mit seiner Arbeit und seinen Steuern, mit seiner Loyalität und seiner Zuverlässigkeit tatsächlich *dienstbar* ist, wird er, ob er will oder nicht, zur ganzen Welt in Beziehung gesetzt, und zwar in eine sehr praktische.

- Als Arbeiter wvd er durch seine Firma, wenn die auf der Höhe ist, mit Arbeitern und Arbeitslosen in aller Welt, nämlich mit deren Preis und Leistung, handfest *verglichen*.

Mit seiner Benutzung oder auch seiner Entlassung setzt die deutsche Industrie Maßstäbe für die Konkurrenz in aller Welt und ruiniert manchen ausländischen Wirtschaftszweig gleich mit dazu.

- 5
- Als “Verbraucher”, der billige Bananen schätzt und teures Benzin braucht, wird er von findigen Kaufleuten zur Kasse gebeten. Deren Geschäftstüchtigkeit erstreckt sich über den ganzen Erdball und entzieht mit der Herrichtung ganzer Landstriche für eine Exportkultur ganzen Völkerschaften ihre Existenzgrundlage.
 - Mehr noch. Je *besser* der Geschäftsverkehr mit dem Ausland läuft; je erfolgreicher deutsches
- 10 Kapital ganze Länder auskauft oder mit Exporten, manchmal von ganzen Fabriken, Gewinne scheidet; um so rührender beklagen die zuständigen Wirtschaftspolitiker eine bedenkliche *Abhängigkeit* der deutschen Wirtschaft vom Ausland. Die wirklichen Verhältnisse werden damit zwar auf den Kopf gestellt: “abhängig” sind die deutschen Unternehmer allein von
- 15 *ihrem Entschluß*, fremde Weltgegenden in ihren Geschäftsgang einzubeziehen, weil und solange sich das *lohnt!* Die Beschwerde ist aber mehr als eine Lüge. In ihr kündigen die politischen Machthaber der deutschen Nation an, daß die wirtschaftlichen Interessen ihrer unternehmungsfreudigen Lieblingsbürger einen Schutz durch die staatliche Gewalt brauchen - und daß sie für dieses Bedürfnis vollstes Verständnis haben und alles Nötige tun. Für die
- 20 Unkosten dieses Schutzes - von den Diplomatengehältern über Kreditbürgschaften und Exportsubventionen bis hin zum Unterhalt eines respekteinflößenden Gewaltapparates - darf wiederum der Bürger aufkommen, der selber doch nur insofern “Interessen” im Ausland hat, als er für die Auslandsinteressen der deutschen Wvtschaft benutzt wird, als Arbeiter und als
- 25 Kunde. In seinem Namen und mit Mitteln, die sie sich von ihm holt, stützt die Bundesregierung in aller Welt genehme Herrschaften - und die Schwächung unangenehmer Herrschaften läßt sie sich leicht noch einmal so viel kosten.
- Eigentlich lauter gute Gründe für den so weltweit engagierten Bürger, seine Dienstbarkeit für die Interessen von Staat und Kapital, denen fast schon die Erdkugel zu klein ist, aufzukündigen. Das ist aber erstens verboten und deswegen zweitens unanständig. Ein anständiger Patriot hält selbst da noch an seinem Wahn fest, die eigene *Abhängigkeit* von diesen Interessen wäre ein Grund zur
- 30 *Parteinahme* für sie. Er glaubt die Lüge von den erpresserischen Ausländern, denen Deutschlands Wirtschaftskapitäne und Staatsmänner ausgeliefert wären, und findet darin einen extra starken Grund, ihnen erst recht den “Rücken zu stärken”. Praktisch folgt daraus zwar nicht viel. Selbst der dümmste Nationalist darf deswegen noch lange nicht nach eigenem Ermessen über seine
- 35 Inanspruchnahme für das deutsche Weltgeschäft und die deutsche Weltpolitik entscheiden. Als *Gesinnung*, mit der er alles dafür Nötige auf sich nimmt, ist der Glaube an einen “Überlebenskampf” der deutschen Nation und ihrer Wirtschaft dafür um so zweckmäßiger. Ein guter Deutscher *entschuldigt alles*, was seine “Arbeitgeber” und seine Politiker ihm zumuten, mit der Vorstellung einer vom Ausland drohenden Gefahr. Seine Unzufriedenheit mit Leistungsanforderungen im Betrieb, oder auch mit seiner Entlassung, und mit steigenden Preisen verwandelt er
- 40 lässig in Haß auf “die Ausländer”, gegen die die eigenen Macher sich nicht rücksichtslos genug durchgesetzt hätten. Regierung, Opposition und DGB, dazu Zeitungen, Funk und Femsehen sagen ihm täglich vor, über wen er sich gerade besonders aufregen muß und wen er von seinem Ausländerhaß auszunehmen hat - die Amerikaner z.B., und seit ein paar Monaten auch die
- 45 “räuberischen Ölscheichs”, denn mit denen sind “wir” inzwischen gut Freund und fast waffenverbrüdet!

Ein guter Patriot ergänzt mit seiner Heimatliebe die erzwungene Pflicht, seiner Herrschaft als Manövriermasse zur Verfügung zu stehen, um ein Bewußtsein, das der nationalen Weltpolitik durch alle ihre Konjunkturen hindurch die Verwirklichung der Wünsche und Vorstellungen ablauscht, die er immer schon gehegt haben will.

5 **VII.**

Wer seine nationale *Pflicht* erfüllt und sich dabei nicht nur rechtschaffen vorkommt; wer sich auch noch einbildet seine *Interessen* auf die beste Art und Weise geltend zu machen, wenn er mitmacht - der kommt zumindest in den Genuß des ideellen Lohns, den die Nation für seine Treue wirklich bereithält.

10 Sowohl für das gewöhnliche "einfache Volk" - in den Parlamenten heißt das "die Menschen draußen im Lande" - wie für das gehobene, studierte Publikum wird einiges getan in Sachen *Pflege der Heimatliebe*. Die gesamte Öffentlichkeit beschwört nämlich immerzu das Bewußtsein, wie gut man es getroffen hat, ein Deutscher zu sein.

15 Die Verkündung dieser Botschaft beschränkt sich keineswegs auf die politische Agitation. Dort ist es ohnehin selbstverständlich, daß die anderen Völker und Regierungen unseren Hohen Herren in Bonn ständig das Leben schwer machen, also auch "uns". So richtig wohltuend wird der selbstgerechte *Vergleich mit den anderen* erst dort, wo es nicht um Geld und Pflichten geht, sondern um *Unterhaltung und persönliche Neigung*.

20 In Schlagern und Filmen lassen sich da Respekt und Verachtung bequem auf die ganze Welt verteilen; faul und fleißig, arm und reich werden sortiert. Jeder Landstrich wird betrachtet, als wäre er mit seinen Frauen und Getränken das Mittel ganz privater Wünsche - und der Schein, man hielte das Ganze für eine längst durchschaute Scheinwelt, ist bisweilen sehr plötzlich verschwunden. Da braucht bloß ein ausländischer Sänger etwas gegen das Deutsche Fernsehen zu sagen, eine ausländische Jury "unserer Nicole" zu wenig Punkte zu geben - und schon wird aus der "nebensächlichen" Unterhaltung ein Grund, per Leserbrief bitter beleidigt zu sein: *als Deutscher*. Kommt in einer ausländischen Fernsehserie ein böser deutscher Soldat vor, weiß ein jeder, unter Anleitung von journalistischen Fachleuten, daß "die Wirklichkeit" auf dem Spiel steht und damit der Respekt vor "uns". Umgekehrt genießt natürlich jeder böse und hinterhältige Spione aus dem Osten, sowie schlaue und mordlustige vom CIA.

30 Aus den "Begegnungen zwischen den Völkern", die der Staat in *sportlichen Vergleichen* organisiert, lassen sich noch immer die allerschönsten Lehren ziehen - und auch einmal im Stadion fanatisch durch die Fans austoben: Russen schematisch, Leichtathleten mit Anabolika, Eiskunstlauf Kinder, Turnen keine Frauen - bei uns undenkbar. Das stimmt zwar nicht, und Sportlerkompanien gibt es in der Bundeswehr schon lange zur Ehre der Sportnation, aber wie
35 wäre denn sonst "Chancengleichheit" herzustellen! Zumal unsere Mannschaften prinzipiell von den Kampfkräften der ganzen Welt betrogen werden, oder?

40 Die Gebildeten bilden sich dagegen etwas darauf ein, gerade in kulturellen Dingen über den Massen zu stehen. Deshalb sind sie erstens sehr tolerant und schätzen die ausländische Kunst und Küche, bis ihnen wieder einmal einfällt daß für das Verständnis deutschen Geistes und deutscher Gesinnung im Ausland viel mehr getan werden müßte. Als deren Botschafter wollen sie gerne rei-

sen, und ein deutscher Nobelpreis wirft auch ein bißchen Glanz auf das “geistige Klima” ihres Vaterlandes, zu dem sie beitragen. Von Besuchen im Ostblock sind sie selbstverständlich immer enttäuscht, weil sie ihren höheren Blödsinn gerade drüben als Signale der Freiheit gedeutet wissen möchten.

5 Genießen kann das alles nur einer, der nichts als wichtiger gelten läßt und deswegen auch nichts Schöneres kennt als die Ehre seiner Nation. So blüht auf dem Felde der Unterhaltung - oben wie unten im Volk - ständig jener konjunkturgemäß zugerichtete Nationalismus, den die Politik braucht und im Falle anstehender “Konflikte” auf Abruf bereit mobilisieren kann. Wenn schon das Vergnügen die nationale Gewalt und das, was ihr unterliegt, zum Inhalt hat, dann läßt das Publikum sich auch durch die härtesten Fortschritte seiner Herrschaft nur beflügeln. So geht die Unterhaltung auch im Krieg weiter: als Stärkung der Moral der Truppe.

VIII.

Was will die bundesdeutsche Friedenspolitik?

15 Dem Feind, der Sowjetunion, im Namen der NATO die Bedingungen diktieren, unter denen der Krieg gegen sie aufgeschoben bleibt. Die Bedingung heißt: Nichts läuft auf der Welt ohne westliche Billigung. Auch nicht im “Ostblock”.

Dafür braucht die BRD natürlich die NATO, eine “Abschreckung”, eine Wehrmacht, Atomraketen, ein Schlachtfeld, christliche Verteidigungsminister. Und ein zum letzten Opfer bereites Volk.

20 Die BRD pflegt nicht nur die ökonomische und eine entsprechende politische Konkurrenz mit dem Rest der Staatenwelt. Sie pflegt auch eine große Feindschaft. Als Freund der USA und verlässliche europäische NATO-Macht sorgt sie mit ihrer Armee und mit der Stationierung verbündeter Truppen und Raketen für die wichtigste militärische Bedrohung der Sowjetunion hinter der strategischen Atomraketenwaffe der USA. Finanziell, per Dienstpflicht und mit der heißen Aussicht, im Ernstfall dem Brennpunkt der Ereignisse ganz nahe zu sein, haben alle deutschen Regierungen ihrem Volk dafür die nötigen Opfer aufgenötigt.

30 Der Lohn dafür, so heißt es, waren fast vier Jahrzehnte ohne Krieg. Und daran ist sogar etwas Wahres. Weil die BRD mit ihrer Militärmacht von Anfang an für den Krieg, den Weltkrieg gegen die Sowjetunion nämlich, vorgesehen und eingerichtet ist, stehen alle ihre - zahlreichen! - Konflikte mit anderen Staaten unter einem Vorbehalt. Kriegerische “Verwicklungen” dürfen nicht daraus werden - auch wenn der Verlauf der Konkurrenz solche “Lösungen” immer wieder nahelegt; der Falkland-Krieg Großbritanniens ist nur das jüngste Beispiel in einer langen Kette von Gewaltmanövern. Für die hat die BRD immer “nur” ihren Verbündeten den Rücken gegen den einzigen wirklich ernstzunehmenden Gegner, die Sowjetunion, freigehalten.

35 *Der Krieg*, für den die BRD ihre militärische Macht aufzuheben hat, wird dafür um so kräftiger vorbereitet. “*Abschreckung*” heißt die Parole; und die wird gerne so mißverstanden, als *könnte* der “Ernstfall” im Grunde gar nicht eintreten. Dabei sagt “Abschreckung” genau das Gegenteil: Man rechnet damit, daß der feindliche Staat durch die eigene Macht seine Souveränität bedroht sieht und deswegen mit einem Waffengang kalkuliert - gerade so wie man selbst; diesen Waffengang will man unter Garantie so gestalten können, daß er dem Feind mehr schadet als nützt, dem

40

eigenen Staat mehr nützt als schadet - und das heißt alles andere, als daß er garantiert nicht stattfindet. Nach der Logik der "Abschreckung" muß man am Ende einen *Krieg führen*, um den unbedingten Respekt des Gegners vor der eigenen *Kriegsdrohung* wiederherzustellen - man könnte also auch gleich sagen: Man rechnet mit einem Weltkrieg und will ihn auf alle Fälle gewinnen.

Fragt sich nur, warum die BRD sich ihrer Todfeindschaft gegen die Sowjetunion so sicher ist. An der *Freiheit* liegt es gewiß *nicht*. Die Russen sind genauso wenig einfach *Freiheitsfeinde*, wie die Westdeutschen allesamt *Freiheitshelden* sind. Eher liegt es schon an der Freiheit, die die bundesdeutsche Staatsgewalt sich in ihrer Weltpolitik, verbündet mit manchem Diktator, herausnimmt - und letztlich auch gegenüber Kommunisten herausnehmen will. Als Vasall der USA ist sie immerhin sehr aktiv an all den Sachen beteiligt, die "Weltwirtschaft", "Weltordnung" und "Weltfrieden" heißen und *Weltherrschaft* bedeuten - mit der einen ärgerlichen Ausnahme des "sozialistischen Lagers". Dem muß deswegen jede politische Bewegungsfreiheit bestritten werden; nicht nur in Kuba und Afghanistan, sondern auch in Polen und am liebsten auch in der DDR. Und für *diesen* unbescheidenen Zweck, das ist klar, kann die westliche "Abschreckungs"-Macht überhaupt nie groß genug sein.

Für die BRD Partei zu ergreifen, sie als Heimat zu schätzen, sich unter der eigenen Herrschaft gut aufgehoben zu fühlen, *weil* es die eigene ist: Das ist nicht bloß ein teures, sondern auch ein lebensgefährliches "Vergnügen". Wenn man es sich leisten will; wenn man sogar noch in der harten Feindschaft, die dieser Staat gegen die Sowjetunion eröffnet und sich damit natürlich auch einhandelt, einen Grund sieht, *erst recht* zu ihm zu halten; dann braucht man sich auch nicht über den Preis zu wundern. Im Krieg verteidigen bekanntlich nicht das Parlament und das Verteidigungsministerium die Bürger, sondern die Bürger mit Leib und Leben ihre Herrschaft.

Auch sollte man besser nicht der Illusion nachhängen, die BRD wäre vielleicht billiger zu haben, also ohne ihren Bündnisimperialismus und dessen Unkosten. Naiv ist, wer sich "Frieden" wünscht und dabei den brutalen *Inhalt* des bundesdeutschen Friedens nicht wahrhaben will. Und wer sich die BRD lieber als Vormacht eines blockfreien Europas bis zum Ural wünscht statt als Frontstaat der NATO, der hängt dem paradoxen Ideal eines Imperialismus ohne die letzte Konsequenz der dafür nötigen Gewalt an. Und wer die angeblich mangelnde Souveränität deutscher Politiker beklagt, der ist ein kaum noch alternativer Nationalist.

Gunter Gabriels neuester Country-Song...

Ich bin ein Junge von hier
und ich habe mir das jetzt lange genug mitangehört, das ewige Rumgemecker hier im Land
aber ich sage euch, das kann man alles auch ganz ganz anders sehen
Deutschland ist:

Die Elbe bei Cuxhaven, das grüne Gras im Allgäu,
der Timmendorfer Strand, der rote Fels von Helgoland
Deutschland ist:

Goethes Haus in Weimar, das Porzellan aus Meißen
und die Leute in Schwerin, und der Ku-Damm in Berlin
Deutschland ist:

5 Hermann Prey und Maffay, die Knef und Nina Hagen und Kneipen voller Qualm und Liebe auf
der Alm

Refrain:

Schwarz wie die Kohlen im Revier
Rot wie die Lippen der Mädchen hier
Gold wie der Weizen und das Bier
10 das sind die Farben, die Farben von Dir.

Deutschland ist:

Günter Grass und Simmel, Juhnke und Heinz Rühmann, James Last und seine Show und der
Ruhm von Loriot

15 Deutschland ist:

Bundesligaspiele, HSV und Bayern, Köln und Werder Bremen
FKK ohne sich zu schämen.
Deutschland ist:

20 Ein Schäfer in der Heide und Kühe auf der Weide
und Mut nach vom zu gehen und Krisen überstehen

Refrain: Schwarz wie die Kohlen...

Deutschland ist:

25 nicht nur in Paragraphen wach sein und nicht schlafen
Deutschland lebt in Dir
Deutschland sind wir alle hier
Deutschland ist:

30 in den Menschen, die wir lieben
in denen, die wir sind und leben
ist unser aller Land und ich halte Dir die Hand,
gebe Dir die Händ, halte fest Dir die Hand

...stürmt seit Mitte Mai die Hit-Paraden!